



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 44/2010

Halle (Saale), den 25. August 2010

Wege aus der Schulden- und Vertrauenskrise in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) befindet sich gegenwärtig in einer Schulden- und Vertrauenskrise. Die europäischen Institutionen haben reagiert: Ein Finanzstabilisierungsmechanismus wurde geschaffen, der finanziellen Beistand in Höhe von hunderten Milliarden Euro gewähren kann, und die Europäische Zentralbank kauft seit einiger Zeit Anleihen hochverschuldeter Euro-Staaten auf.

Kurzfristig können diese Maßnahmen die Lage möglicherweise stabilisieren; langfristig sind sie jedoch problematisch. So wird das Überschuldungsproblem Griechenlands nicht dauerhaft gelöst, und die Krisenanfälligkeit sowohl des Finanzsystems als auch der Mitgliedsstaaten selbst wird nicht gemindert. Immerhin ist Zeit gewonnen worden, die unbedingt zur Stärkung der institutionellen Vorkehrungen im Euro-Währungsgebiet genutzt werden muss.

Eine graduelle Modifikation des Stabilitäts- und Wachstumspaktes oder die Schaffung neuer politischer Gremien, zum Beispiel einer europäischen Wirtschaftsregierung, wird dies nicht leisten können. Vielmehr bedarf es der Einsicht, dass Krisen Bestandteil marktwirtschaftlich organisierter Volkswirtschaften sind und dass vorab vereinbarte Regeln für den Umgang mit ihnen festgelegt werden müssen. Dazu zählt vor allem eine Insolvenzordnung für Banken und auch für Staaten, um systemische Risiken zu reduzieren. Denn nur wenn Kapitalanleger im Ernstfall mit einem Vermögensverlust rechnen müssen, haben sie einen Anreiz, angemessene Risikoprämien zu verlangen und damit zu einer effizienten Allokation finanzieller Mittel beizutragen. Ein solcher potenzieller Vermögensverlust wird aber nur dann von privaten Kapitalanlegern einkalkuliert werden, wenn er nicht zu systemischen Problemen führt. Spezielle Insolvenzordnungen für Banken und auch für Staaten helfen, diese zu begrenzen.

Veröffentlichung:

DIETRICH, DIEMO; HOLTEMÖLLER, OLIVER; LINDNER, AXEL: Wege aus der Schulden- und Vertrauenskrise in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2010, S. 370-375.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: + 49 (0) 345/7753-800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de
Dr. Axel Lindner
Tel.: + 49 (0) 345/7753-703, E-Mail: Axel.Lindner@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning
Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Sperrfrist:

25. August 2010,
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Oliver Holtemöller
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-800
E-Mail: ohr@iwh-halle.de

Axel Lindner

Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-703
E-Mail: alr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Technologie (BMWi), Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Wissenschaftliche

Schlagworte:

Schuldenkrise, EWWU,
Stabilitäts- und Wachstumspakt, Griechenland

Institut für Wirtschafts- forschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 (0) 345/7753-60
Fax: +49 (0) 345/7753-820
<http://www.iwh-halle.de>

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.